Drucksache Nr. 38

Deutscher Bundestag
1. Wahlperiode
1949

Antrag

der Fraktion der Deutschen Partei

betr.: Steuerliche Berücksichtigung von Unterhaltszahlungen.

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird ersucht, bei der Vorbereitung der Steuerreform dafür Sorge zu tragen, daß die Belastung insbesondere der unverheirateten und verwitweten Personen, die Unterhaltszahlungen an Verwandte leisten, ohne rechtlich hierzu verpflichtet zu sein, in in gerechterer Weise als bisher durch steuerliche Freibeträge berücksichtigt wird.

Bonn, den 27. September 1949

Dr. Mühlenfeld Kalinke
und Fraktion